

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Heraultträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Erscheint:

am Freitag, Donnerstags u. Sonnabends früh 7 Uhr.
Inserate: Die dreizehnpalt. Beilage 8 Pfg.
Expedition: Kählerstraße 8.

1878.

№ 16

Dienstag den 5. Februar.

Für die Monate Februar und März werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 84 Pfg. resp. 80 Pfg. von allen Postämtern, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweifelhafte Verbreitung.

Die Expedition
des „Merseburger Correspondenten“.

Zur Organisationsfrage im Reich.

Der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers wird in der Presse mit einer um so größeren Lebhaftigkeit besprochen, je weniger im Augenblick noch immer erkennbar ist, welches seine praktische Tragweite sein wird. Und doch wird man das Project erst vollständig zu würdigen vermögen, wenn die verschwommenen deklamatorischen sich zu concreten Formen verdichten, wenn es klar zu Tage tritt, welchen praktischen Einfluß auf die Behördenorganisation im Reich die vorgeschlagene Stellvertretung hat. Das wird aber erst geschehen können, wenn der Reichskanzler in die Hauptstadt zurückkehrt ist und persönlich die Vertretung und Geltendmachung der Vorlage übernimmt. Bis dahin und vielleicht auch nachher noch wird man in dem Vorschlag nur einen entwicklungsunfähigen Keim, nicht aber eine reife Frucht, nicht eine befriedigende, feste und dauernde Organisation, sondern nur einen Anstoß zu einer solchen erblicken können. Man setzt voraus, Fürst Bismarck lege einen sehr entscheidenden Werth auf die Annahme der Vorlage, und wenn er auch nicht die Cabinetsfrage gestellt, so könne eine Verwerfung des Antrags doch sehr leicht thatsächlich zu einer neuen Kanzlerkrisis führen. Diese Aussicht wird nicht verfehlen, sowohl im Bundesrath als im Reichstag ihre einbringliche Wirkung zu üben; man nimmt an, daß in beiden Körperschaften eine ausschlaggebende Opposition sich nicht zeigen werde. Es kann unter den heutigen Verhältnissen der inneren und der äußeren Politik Niemand, dem das Wohl des Reiches ernstlich am Herzen liegt, wünschen, daß der Reichskanzler von seinem Werk zurückzutreten und die Fortsetzung anderer Hände zu übertragen sich veranlaßt sehe. Man wird dieser Erwägung soweit als irgend möglich Rechnung tragen und in Anbetracht der eigenartigen Verhältnisse und Bedürfnisse des Augenblicks sich auch mancherlei Provisorisches und Ungewöhnliches gefallen lassen, über manche Bedenken hinwegsehen, wenn man dabei nur die Ueberzeugung gewinnt, daß der eingeschlagene Weg in seiner weiteren Entwicklung zu einer gefunden und dauerhaften Gestaltung der Reichsregierung führt. Man kann nicht verlangen, daß solche, den mannichfachen persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten unterliegende Organisationen gleich beim ersten Anlauf in einer nach allen Seiten vollkommenen und auf ewige Dauer haltbaren Weise geregelt werden. Es wird noch manches Experiment angeestellt und noch manche Resignation geübt werden müssen, ehe wir zum vollen Ziele gekommen. Man darf nicht jeden Versuch einer Reform gleich an der Schwelle ablehnen, wenn er nicht allen Wünschen entspricht. Die Parteien der principiellen Opposition bezeichnen freilich schon jetzt den Gesetzentwurf als ganz unannehmbar; ruhigere und maßvollere Politiker aber werden erwägen, ob nicht, wenigstens das Ziel der

Wünsche nicht erreicht ist, doch ein Anfang zur Reform gegenüber den heutigen Zuständen gemacht ist. Bei der heutigen Lage der Dinge wird die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers vielfach zu einer reinen Fiktion, weil thatsächlich dies ungeheure Gebiet auch der Geist eines Bismarck nicht umfassen kann. Werden neben dem Reichskanzler die Leiter gewisser Hauptressorts mit selbstständiger Verantwortlichkeit und Initiative, wenn auch vorläufig nur widerufbar und provisorisch ausgestattet, so scheint uns damit doch wenigstens ein erster Schritt auf dem Wege gethan, zu einer ersprießlichen Organisation der Reichsregierung führt, eine Entwicklung angebahnt, deren Grundgedanken ein richtiges Ziel verfolgt.

Deutschland.

Berlin. Der König und die Königin der Belgier treffen zur Heilnahme an den Vermählungsfeierlichkeiten am 17. d. M. hier ein und nehmen im königlichen Schloß Wohnung. Der Prinz von Wales und der Prinz Arthur, Herzog von Cornwall, werden am 16. d. M. aus London hier erwartet und im königlichen Palais absteigen. Ueber die Ankunftszeit der übrigen fürstlichen Gäste, welche ihr Erscheinen bereits zugesagt haben, ist bis zur Stunde Näheres noch nicht bekannt.

Das Commando des 13. (Württembergischen) Armeecorps ist nach bestimmt austretenden Angaben aus militärischen Kreisen jetzt besetzt worden und zwar durch den bisherigen Gouverneur von Straßburg, General der Infanterie von Schachtmeier. An Stelle des Letzteren soll der General-Lieutenant von Schkopp, Divisionär in Straßburg, zum Gouverneur dieser Stadt und Festung ernannt sein.

Der Landtagsabgeordnete Commerz- und Admiraltätsrichter Schröder in Danzig ist, wie die „Danziger Ztg.“ mittheilt, vorläufig auf mehrere Monate als Hülfсарbeiter in das Reichsjustizamt berufen worden, um in Gemeinschaft mit dem Geh. Rath Hagens und einem dritten zu gleichem Zweck in das Reichsjustizamt berufenen Juristen das Material für eine Revision und Reform der Actien-Gesetzgebung vorzubereiten.

Das Abgeordnetenhaus ist in seiner Freitagssitzung in die zweite Verathung des Ausführgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz eingetreten, hat jedoch nur die ersten 13 Paragraphen erledigt. Da der Gesetzentwurf im Ganzen 101 Paragraphen umfaßt, so werden für seine Durchverathung allerdings noch mindestens drei Sitzungen in Aussicht genommen werden müssen. Man hält indes, obgleich des katholischen Feiertags wegen die Sonnabenditzung ausfallen muß, an der Hoffnung fest, daß die Vorlage mit dem Ende der nächsten Woche in allen drei Lesungen erledigt sein wird. In der Debatte traten aufs Neue alle die Controversen hervor, mit denen bereits die Commission sich eingehend beschäftigt hat. Die Beschlüsse des Hauses entsprachen indes meistens den Commissionsvorschlägen. Bemerkenswerth ist jedoch, daß bei § 3 ein Amendement des Abg. Windhorst-Bielefeldt angenommen wurde, welches die Befugniß des Justizministers betreffs der Verwendung der Gerichtsassessoren noch weiter einschränkt, als dies die

Commission bereits gethan. Bei dem Vorschlage der Commission, nach welchem sämmtliche Richter vom König ernannt werden, meinte der Abg. v. Meyer-Arnswalde selbstamerweise Befassungsbedenken erheben zu können, fand jedoch damit beim Hause, welches den Commissionsvorschlag annahm, keinen Anstoß. Auf dem Gebiete der Titulatur wurde der Titel „Landgerichtsrath“ in „Landrichter“ umgewandelt.

Das Präsidium des Reichstags, welches im vorigen Jahre die Abgeordneten von Fockensbeck, von Stauffenberg und Fürst von Hohenlohe-Langenburg führten, wird unstreitig ebenso wie das gesammte übrige Bureau wiedergewählt werden. Heutige Reichstagsmitglieder bemühen sich um Herbeiführung der Wiederwahl des Gesamtverbandes durch Aclamation, da durch dies im Abgeordnetenhaus mit Erfolg angewendete abgegründete Verfahren immerhin eine beträchtliche Zeitersparniß erzielt wird.

Wie zuverlässig verlautet, hat das Staatsministerium in seiner Frei-tags-Sitzung beschlossen, den Schluß der Landtags-Session in dieser Woche eintreten zu lassen. Offen gelassen ist die Wahl des Tages. Beide Häuser können hiernach in dieser Woche an jedem Tage entlassen werden, aber wohl nicht vor Feststellung des Sitzgesetzes, weil der Justizminister ohne dasselbe außer Stande sein würde, die Justizreform in Preußen durchzuführen. Das Gerichtsorganisationsgesetz bleibt unerledigt, und damit beschränkt sich das ganze Resultat der drittehalb monatlichen Session auf die Feststellung des Staatsgesetzes und auf die Erledigung der Sitzgesetzentwürfe. Alle übrigen Vorlagen bleiben unferdig liegen. Daß in dieser Weise die Session abschließen soll, hat bei allen Parteien des Abgeordnetenhauses große Missstimmung hervorgerufen.

Die Ausschussberathungen im Bundesrath über die Tabaksteuer-Vorlage sollen, wie man nachträglich erfährt, doch zu lebhafteren Erörterungen geführt haben. Es heißt, die Perspectives des Tabakmonopols habe die Ausschüsse eingehend beschäftigt und es sei nach dieser Richtung hin bereits genügendes Material gesammelt, um ohne Verzug Verhandlungen über das Monopol selbst im gegebenen Fall anzuknüpfen zu können. Uebrigens versuchten Bayern und Baden noch eine Herabsetzung der Besteuerung des inländischen Tabaks von 24 auf 18 Mark durchzusetzen, blieben damit aber in der Minorität, da Preußen sehr lebhaft für die Vorlage eintrat und nachwies, daß eine solche Herabsetzung zu einem Ausfall von 2 Millionen Mark führen müßte.

Gegen die von Deutschland angeregten Bestrebungen nach einer Reform der russischen Zollpolitik und Erleichterung des Grenzollverkehrs an der deutsch-russischen Grenze macht sich in den Kreisen der russischen Schutzollner eine lebhaftere Agitation bemerkbar. Die sonst sehr gemäßigte „Petersburger Börsenzeitung“, das Organ der Schutzollpartei, geräth in große Erregung bei Verpöhrung der in Petersburg zwischen den Vertretern Deutschlands und Russlands stattfindenden commissarischen Verhandlungen, welche sie auf Abstellung etwaiger Mißstände im Zollwesen beschränkt zu sehen wünscht. Das Blatt weist jede Andeutung einer Ermäßigung des Tarifs energisch zurück und

fordert die Regierung in schroffer Weise auf, keine Zollherabsetzungen zu Gunsten Deutschlands einzutreten zu lassen. Leider scheint es, als ob es dieser Aufforderung bei der russischen Regierung gar nicht bedürfe.

Orientalischer Kriegsschauplatz.

Rußland. Nach einem über Petersburg aus Adrianopel am 3. d. eingetroffenen Telegramm sind am 31. v. M. daselbst die Friedensbasen vom Großfürsten Nikolaus und Serber Pascha unterzeichnet worden. Die Türken räumen die Donaufestungen und Erzerum. Der Befehl zur Einstellung der militärischen Operationen ist ergangen und tritt der Waffenstillstand sofort in Kraft.

— Graf Zimmermann telegraphirt aus Meschidie vom 30. Januar: In Folge der Affaire vom 26. Januar zog sich der Feind in der Nacht zum 27. Januar eiligst auf Barna zurück. Am 27. Januar zog General Zimmermann mit der an der Spitze befindlichen Cavallerieabtheilung in Basarjisk ein, wo die Türken Depos von Waffen und Munition hinterließen; drei Moscheen, eine armenische Kirche, so wie große Proviantvorräthe wurden von denselben angezündet. Der Brand der bulgarischen Kirche wurde durch die Bewohner gelöscht. Die Stadt ist nicht zerstört. 3000 bulgarische und 150 muselmännische Familien sind in derselben verblieben. In Basarjisk hinterließ der Feind ein Hospital des rothen Halbmonds nebst Sanitätspersonal, so wie 250 schwer verwundete Türken, 11 Aegyptier und etwa 70 Bulgaren.

— Nach einem officiellen Telegramm aus Adrianopel vom 27. Januar holte General Strakoff kürzlich einen aus 10,000 bis 15,000 Wagen bestehenden Zug mit 50,000 flüchtenden, bewaffneten muselmännischen Einwohnern ein, hielt denselben an, nahm den Bewaffneten die Waffen ab und beabsichtigt, die ganze Masse unter Escorte nach Robosto bringen zu lassen, von wo die Muselmänner dem Vernehmen nach an die asiatische Küste transportirt werden sollen.

— Officiell aus Eiflis, 31. Januar: In Folge erhaltener Nachrichten von Entsendung eines Theiles des türkischen Batum-Detachements nach Konstantinopel wurden die russischen Truppen in Kabuleti beordert, die Offenlinie in der Richtung auf Batum zu erneuern. Am 30. Januar, Morgens 5 Uhr, griffen sie die rechte Flanke und das Centrum der feindlichen Position bei Zichidjisk an. Eine russische Colonne erkämpfte einen Theil der Sameba-Höhen und des Berges Stolowaja; jedoch im Centrum begegneten die Russen großen Schwierigkeiten beim Uebergang über den Fluß Kintiriski unter starkem Feuer der feindlichen Tranchen. Die türkischen Kräfte auf der Position erwiesen sich bedeutender. Nachmittags 2 Uhr kehrten die Russen in ihre früheren Positionen zurück. Ihr Verlust ist unbekannt.

Serbien. Aus Belgrad wird gemeldet, die Bestimmung über die aus den Verhandlungen des englischen Parlaments bekannt gewordenen Friedensbedingungen gehe so weit, das man entschlossen schein, ohne Rücksicht auf den Waffenstillstand die Feindseligkeiten nicht früher einzustellen, bis das Gesamtterritorium von Altserben in serbische Gewalt gekommen sei.

Türkei. Hobart Pascha ist mit 10 Bataillonen von Batum in Constantinopel eingetroffen. Derwisch Pascha wird daselbst erwartet.

Griechenland. Das Bureau „Havas“ meldet aus Athen, 1. d.: Die Nationalversammlung Kretas beschloß die Unabhängigkeit von der Türkei und die Annexion an Griechenland. Die Bevölkerung genehmigte den Beschluß enthusiastisch. In Griechenland sind alle Männer zur Nationalgarde einberufen. Es herrscht große Begeisterung für den Krieg.

Dieselbe Correspondenz meldet ferner unterm 1. d. M. aus Athen: Die griechische Regierung befaß anlässlich der Vorgänge in den von Griechen bewohnten tür-

fischen Provinzen, daß morgen eine Armee von 12,000 Mann die Grenze überschreite und Thessalien, Epirus und Macedonien besetze, um die Ruhe und Recht zu erhalten und dem Niedermegeln der Christen vorzubeugen. Die Kammer bewilligte der Regierung einen Credit von zehn Millionen.

Ausland.

Oesterreich. Die „Polit. Correspondenz“ entnimmt einer Petersburger Meldung vom 31. v. M., daß Fürst Gortschakoff auf die Einwendung des Wiener Cabinets gegen bedenklich erscheinende Punkte der Friedenspräliminarien, analog geantwortet habe, wie auf die nicht identische, aber gleichartige Demonstration des britischen Cabinets. Fürst Gortschakoff habe neuerdings versichert, daß alle europäischen Interessen im Allgemeinen, sowie die Interessen eines Staates im Besonderen berührenden Fragen nicht ohne das europäische Einvernehmen geregelt werden sollten. Die in den Petersburger politischen Kreisen herrschenden Dispositionen deuteten darauf hin, daß kein Grund sei, anzunehmen, daß Rußland einer Conferenzzidee sich widersehen werde.

England. Schafstanser Northcote erklärte auf eine Anfrage Harringtons am Freitag im Unterhause, der türkische Botschafter, Musurus Pascha, habe ein Telegramm der Fortie erhalten, wonach die allgemeinen Grundlagen für einen Waffenstillstand und Frieden am Donnerstag in Adrianopel unterzeichnet worden seien. Ob in der That die Unterzeichnung stattgefunden habe und welchen Charakter die Bedingungen trügen, sei der Regierung nicht bekannt.

— Das Unterhaus vertagte am Freitag die Berathung über die Creditforderung nach längerer Debatte auf Montag. Im Verlauf der Debatte erklärte Bourke, Europa erwarte die Entscheidung des Hauses, nicht um England das Schwert zu Gunsten der Türkei ziehen zu sehen, sondern damit ein dauernder Friede gesichert werde. Die Friedensbedingungen vernichten das türkische Reich in Europa; dadurch entstehen große Probleme; es hängt von der Entscheidung des Hauses ab, ob ein dauernder oder ein Krieg erzeugender Friede gesichert werden solle. Die Orientfrage sei ein großes britisches Interesse. Die Regierungsvorlage ist wesentlich friedlich und nicht eine Kriegsmaßregel, sie ermöglicht, daß England seinen Einfluß in seinem und im europäischen Interesse ausübe.

— Die „Times“, die Parlamentsdebatte vom Donnerstag besprechend, sagt: England sowohl wie das Ausland werden über die Debatte enttäuscht sein. Wir wollen exacte Bedingungen für die englische Neutralität kennen und die genaueren Bedingungen von dem wissen, was England auf der kommenden Conferenz unterzeichnen wird. Jedermann ist gegen den Sechsz-Millionen-Credit, weil Niemand weiß, was die Regierung mit dem Gelde thun will. Wenn Northcote erklären wird, das Geld solle nicht zur Verminderung der Freiheit der türkischen Provinzen verwendet werden, so höre alle Opposition auf; denn selbst Forster bekämpfe eben so scharf wie Northcote die einseitige Ordnung der Dardanellenfrage durch Rußland.

Frankreich. Nach Anordnung des Ministers des Innern sollen auf der Weltausstellung alle Zweige des öffentlichen Wohlthätigkeitswesens vertreten sein, ebenso soll auf derselben eine Tabelle aller von Fabrikanten zum Besten ihrer Arbeiter oder von Arbeitern selbst zur Besserung ihrer physischen und moralischen Lage ins Leben gerufenen Anstalten figuriren. Die Uebersicht soll ein vollständiges Bild alles dessen bieten, was in Frankreich vom Staate und von Privaten für die arbeitenden Klassen gethan wird.

Italien. Die auswärtigen Cardinale sind, einer Meldung der „Köln. Zig.“ zufolge, aufgefordert worden, ihr Gutachten abzugeben, ob das Conclave außerhalb Italiens zusammenzutreten solle. Die Frage soll sodann von einer Cardinal-Congregation endgültig entschieden werden. — Eine behufs Versiegelung und Aufbewahrung wichtiger Staatspapiere des päpstlichen Stuhles vom Cardinalstaatssecretär Simeoni angeordnete Re-

vision ergab, daß die wichtigsten dieser Papiere verschwunden sind. Darüber herrscht große Verwirrung, und es wird im Vatican eifrig nach denselben geforscht.

— Gleich dem Papst hat auch der Erzbischof von Neapel einen Protest gegen König Humberts Thronbesteigung an die Cabinette Europas erlassen. Damit aber natürlich bei einigen derselben nur Scheitern erragt.

Aus der Provinz.

— Am 19. v. M. hat in Magdeburg die Rechnungslegung der Emeritenkasse für 1877 dem Lehrer der Provinz Sachsen pro 1877 stattgefunden. Die Einnahme der Kasse betrug 4898 Mk. 71 Pf., dabei allein 2312 Mk. 80 Pf. Nachzahlungen nebst Zinsen und 2031 Mk. ordentliche Beiträge. Die Ausgabe erreichte die Höhe von 4770 Mk. 9 Pf., wovon 4306 Mk. 44 Pf. zur Capitalanlage und nur 378 Mk. Emeritenausgaben verwendet wurden. Der neue Jahresrechnung wurde ein Vaarbestand von 128 Mk. 62 Pf. vorgetragen.

— Aus Naumburg, 30. Januar, schreibt man der Magd. Zig.: Die Befürchtung, daß die schicht geführte Schachzüge unsere althergebrachte Jurisdiktion in der Oberlandesgerichtsfrage möglicherweise matt setzen könnten, hatte in allen Kreisen der Einwohnerschaft die ärgste Niedergeschlagenheit hervorgebracht. Die Nachricht über den Beschluß des Herrenhauses, welche nach 2 Uhr hier eintraf, rief daher einen vollständigen Jubelsturm hervor. Häufig hießte man Freudenstagen auf, althergebrachte Nachbarn reichten sich ob des Sieges der „guten Sache“ die Hände, private und öffentliche Festlichkeiten arrangirten sich wie von selbst. Sämmtliche Cafés, localen waren bis auf den letzten Quadrastuß besetzt und Rufen, Türken, das stolze Albion, Tabakfeuer und Scatspiel und alle anderen üblichen Tages- und Abendfragen wurden von der Unterhaltung über die glückliche Lösung der localen Lebensfrage ganz zur Seite geschoben. Das ganze corpus juris unserer Stadt war zufällig zu einem glänzenden Ballfestlichkeit vereinigt. Die gegnerischen Argumentationen der „Herren“ in Berlin mußten sich die schneidigste Kritik gefallen lassen. „Glaubt die Theorie!“ „Jehn Jahre Praxis thut mehr, wie 50 jährige Kathederweisheit“ (Bismarck's Ausrufung). „Recht muß doch Recht bleiben“ (v. Binde) und hundert andere geflügelten Worte wurden genannt und gebe. Dabei wurden den wackeren Kämpfern für Naumburg dankenswürdig Hochs gewidmet. Es hat der Gedanke Raum gewonnen, der Freude über das glückliche Ereigniß durch eine allgemeine Feier Ausdruck zu verleihen.

Langensalza, 30. Januar. Gestern Nachmittag wurde der Quartiermeister H. der hier in Garnison stehenden vierten Schwadron des sechsten (Züringer) Manenregiments vermißt. Nach längerem Suchen fand man ihn in der Uniformkammer erhängt. Derselbe soll schon einige Zeit schwerkränzlich gewesen sein.

Buckau, 1. Februar. Heute früh wurde in den Anlagen des Friedrich-Wilhelms-Gartens in der Nähe des Cavalier 1. der Defonomieverwalter Karl H., geboren am 30. October 1843 zu Mörna im Kreise Querfurt, mit zerschmettertem Schädel aufgefunden. Neben der Leiche lag ein abgeschossenes Lezerol. Ueber die Motive des anscheinend vorliegenden Selbstmordes hat sich z. Z. noch nichts feststellen lassen.

Localnachrichten.

Merseburg, den 5. Februar 1878.
** Der für Kreis und Stadt Merseburg so wichtige Gelegenheitswurf betreffend die Reorganisation der Stifter Merseburg, Naumburg, Zeitz ist von der Commission des Abgeordnetenhauses bedeutend geändert und verbessert worden.
Die Stifter bleiben nämlich als Corporationen bestehen, aber nicht als „selbstständige.“ Die Vermögensverwaltung erfolgt vielmehr unter Aufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen durch besondere Stiftungsverwaltungen und deren Beamte.
Jede Stiftungsverwaltung besteht aus 3 Personen, dem Vorsitzenden, einem höheren Beamten, den der König ernannt

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Heraultträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Ersteinst:

Freitag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.
Inserate: Die dreizehnpalt. Beilage 6 Pfg.
Expedition: Märkerstraße 8.

1878.

№ 16

Dienstag den 5. Februar.

Für die Monate Februar und März werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 84 Pfg. resp. 80 Pfg. von allen Postämtern, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweifelhafte Verbreitung.

Die Expedition
des „Merseburger Correspondenten“.

Zur Organisationsfrage im Reich.

Der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers wird in der Presse mit einer um so größeren Lebhaftigkeit besprochen, je weniger im Augenblick noch immer erkennbar ist, welches seine praktische Tragweite sein wird. Und doch wird man das Project erst vollständig zu würdigen vermögen, wenn die verschwommenen dehnbaren Umrisse sich zu concreten Formen verdichten, wenn es klar zu Tage tritt, welchen praktischen Einfluß auf die Behördenorganisation im Reich die vorgeschlagene Stellvertretung hat. Das wird aber erst geschehen können, wenn der Reichskanzler in die Hauptstadt zurückgekehrt ist und persönlich die Vertretung und Geltung der Vorlage übernimmt. Bis dahin und vielleicht auch nachher noch wird man in dem Vorschlag nur einen entwicklungsunfähigen Keim, nicht aber eine reife Frucht, nicht eine befriedigende, feste und dauernde Organisation, sondern nur einen Anßatz zu einer solchen erblicken können. Man setzt voraus, Fürst Bismarck lege einen sehr entscheidenden Werth auf die Annahme der Vorlage und, wenn er auch nicht die Cabinetsfrage gestellt, so könne eine Verwerfung des Antrags doch sehr leicht thatsächlich zu einer neuen Kanzlerkrisis führen. Diese Aussicht wird nicht verfehlen, sowohl im Bundesrath als im Reichstag ihre einbringliche Wirkung zu üben; man nimmt an, daß in beiden Körperschaften eine ausschlaggebende Opposition sich nicht zeigen werde. Es kann unter den heutigen Verhältnissen der inneren und der äußeren Politik Niemand, dem das Wohl des Reiches ernstlich am Herzen liegt, wünschen, daß der Reichskanzler von seinem Werk zurückzutreten und die Fortsetzung anderen Händen zu übertragen sich veranlaßt sehe. Man wird dieser Erwägung soweit als irgend möglich Rechnung tragen und in Anbetracht der eigenartigen Verhältnisse und Bedürfnisse des Augenblicks sich auch mancherlei Provisorisches und Ungewöhnliches gefallen lassen, über manche Bedenken hinwegsehen, wenn man dabei nur die Ueberzeugung gewinnt, daß der eingeschlagene Weg in seiner weiteren Entwicklung zu einer gesunden und dauerhaften Gestaltung der Reichsregierung führt. Man kann nicht verlangen, daß solche, den mannichfachen persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten unterliegende Organisationen gleich beim ersten Anlauf in einer nach allen Seiten vollkommenen und auf ewige Dauer haltbaren Weise geregelt werden. Es wird noch manches Experiment angestellt und noch manche Resignation geübt werden müssen, ehe wir zum vollen Ziele gekommen. Man darf nicht jeden Versuch einer Reform gleich an der Schwelle ablehnen, wenn er nicht allen Wünschen entspricht. Die Parteien der principuellen Opposition bezeichnen freilich schon jetzt den Gesetzentwurf als ganz unannehmbar; ruhigere und maßvollere Politiker aber werden erwägen, ob nicht, wenigleich das Ziel der

Wünsche nicht erreicht ist, doch ein Anfang zur Reform gegenüber den heutigen Zuständen gemacht ist. Bei der heutigen Lage der Dinge wird die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers vielfach zu einer reinen Fiktion, weil thatsächlich dies ungeheure Gebiet auch der Geist eines Bismarck nicht umfassen kann. Werden neben dem Reichskanzler die Leiter gewisser Hauptreferats mit selbstständiger Verantwortlichkeit und Initiative, wenn auch vorläufig nur widerrufbar und provisorisch ausgestattet, so scheint uns damit doch wenigstens ein erster Schritt auf dem Wege gethan, der zu einer ersprießlichen Organisation der Reichsregierung führt, eine Entwicklung angebahnt, deren Grundgedanken ein richtiges Ziel verfolgt.

Deutschland.

Berlin. Der König und die Königin der Belgier treffen zur Theilnahme an den Vermählungsfestlichkeiten am 17. d. M. hier ein und nehmen im königlichen Schlosse Wohnung. Der Prinz von Wales und der Prinz Arthur, Herzog von Connaught, werden am 16. d. M. aus London hier erwartet und im kronprinzlichen Palais absteigen. Ueber die Ankunftszeit der übrigen fürstlichen Gäste, welche ihr Erscheinen bereits zugesagt haben, ist bis zur Stunde Näheres noch nicht bekannt.

Das Commando des 13. (Württembergischen) Armeecorps ist nach bestimmt austretenden Angaben aus militärischen Kreisen jetzt besetzt worden und zwar durch den bisherigen Gouverneur von Straßburg, General der Infanterie von Schachtmeier. An Stelle des Verstorbenen soll der Generalleutnant v. Bismarck ernannt werden.

Die Ausbesserung der Eisenbahnen wird in Preußen durchzuführen. Das Gerichtsorganisationsgesetz bleibt unerledigt, und damit beschränkt sich das ganze Resultat der dritten monatlichen Session auf die Feststellung des Staatsgesetzes und auf die Erledigung der Sitzgesetzkategorie. Alle übrigen Vorlagen bleiben unferdig liegen. Daß in dieser Weise die Session abschließen soll, hat bei allen Parteien des Abgeordnetenhauses große Missstimmung hervorgerufen.

Die Ausschussberatungen im Bundesrath über die Tabaksteuer-Vorlage sollen, wie man nachträglich erfährt, doch zu lebhafteren Erörterungen geführt haben. Es heißt, die Perspective des Tabakmonopols habe die Ausschüsse eingehend beschäftigt und es sei nach dieser Richtung hin bereits genügendes Material gesammelt, um ohne Verzug Verhandlungen über das Monopol selbst im gegebenen Fall anzuknüpfen zu können. Uebrigens veruchten Bayern und Baden noch eine Herabsetzung der Besteuerung des inländischen Tabaks von 24 auf 18 Mark durchzusetzen, blieben damit aber in der Minorität, da Preußen sehr lebhaft für die Vorlage eintrat und nachwies, daß eine solche Herabsetzung zu einem Ausfall von 2 Millionen Mark führen müßte.

Uegen die von Deutschland angeregten Bestrebungen nach einer Reform der russischen Zollpolitik und Erleichterung des Grenzverkehrs an der deutsch-russischen Grenze macht sich in den Kreisen der russischen Schutzjoller eine lebhaftere Agitation bemerkbar. Die sonst sehr gemäßigten „Petersburger Börsenzeitung“, das Organ der Schutzjollerpartei, geräth in große Erregung bei Besprechung der in Petersburg zwischen den Vertretern Deutschlands und Russlands stattfindenden commissarischen Verhandlungen, welche sie auf Abstellung etwaiger Mißstände im Zollwesen beschränkt zu sehen wünscht. Das Blatt weist jede Andeutung einer Ermäßigung des Tarifs energisch zurück und

Commission bereits gethan. Bei dem Vorschlage der Commission, nach welchem sämtliche Richter vom König ernannt werden, meinte der Abg. v. Meyer-Arnswalde selbstamerwähle Befassungsbedenken erheben zu können, fand jedoch damit beim Hause, welches den Commissionsvorschlag annahm, keinen Anßang. Auf dem Gebiete der Titulatur wurde der Titel „Landgerichtsrath“ in „Landrichter“ umgewandelt.

Das Präsidium des Reichstags, welches im vorigen Jahre die Abgeordneten von Fockenberg, von Stauffenberg und Fürst von Hohenlohe-Langenburg führten, wird unferdig ebenso wie das gesammte übrige Bureau wiedergewählt werden. Heutige Reichstagsmitglieder bemühen sich um Herbeiführung der Wiederwahl des Gesamtvorstandes durch Aclamation, da durch dies im Abgeordnetenhaus mit Erfolg angewendete abgefürzte Verfahren immerhin eine beträchtliche Zeitersparnis erzielt wird.

Wie zuverlässig verlautet, hat das Staatsministerium in seiner Frei-tags-Sitzung beschlossen, den Schluß der Landtagsession in dieser Woche eintreten zu lassen. Offen gelassen ist die Wahl des Tages. Beide Häuser können hiernach in dieser Woche an jedem Tage entlassen werden, aber wohl nicht vor Feststellung des Sitzgesetzes, weil der Justizminister ohne dasselbe außer Stande sein würde, die Justizreform in Preußen durchzuführen. Das Gerichtsorganisationsgesetz bleibt unerledigt, und damit beschränkt sich das ganze Resultat der dritten monatlichen Session auf die Feststellung des Staatsgesetzes und auf die Erledigung der Sitzgesetzkategorie. Alle übrigen Vorlagen bleiben unferdig liegen. Daß in dieser Weise die Session abschließen soll, hat bei allen Parteien des Abgeordnetenhauses große Missstimmung hervorgerufen.

Die Ausschussberatungen im Bundesrath über die Tabaksteuer-Vorlage sollen, wie man nachträglich erfährt, doch zu lebhafteren Erörterungen geführt haben. Es heißt, die Perspective des Tabakmonopols habe die Ausschüsse eingehend beschäftigt und es sei nach dieser Richtung hin bereits genügendes Material gesammelt, um ohne Verzug Verhandlungen über das Monopol selbst im gegebenen Fall anzuknüpfen zu können. Uebrigens veruchten Bayern und Baden noch eine Herabsetzung der Besteuerung des inländischen Tabaks von 24 auf 18 Mark durchzusetzen, blieben damit aber in der Minorität, da Preußen sehr lebhaft für die Vorlage eintrat und nachwies, daß eine solche Herabsetzung zu einem Ausfall von 2 Millionen Mark führen müßte.

Uegen die von Deutschland angeregten Bestrebungen nach einer Reform der russischen Zollpolitik und Erleichterung des Grenzverkehrs an der deutsch-russischen Grenze macht sich in den Kreisen der russischen Schutzjoller eine lebhaftere Agitation bemerkbar. Die sonst sehr gemäßigten „Petersburger Börsenzeitung“, das Organ der Schutzjollerpartei, geräth in große Erregung bei Besprechung der in Petersburg zwischen den Vertretern Deutschlands und Russlands stattfindenden commissarischen Verhandlungen, welche sie auf Abstellung etwaiger Mißstände im Zollwesen beschränkt zu sehen wünscht. Das Blatt weist jede Andeutung einer Ermäßigung des Tarifs energisch zurück und

